

- 5. Johannes Dieckmann (LDP) . . . Seite 49
- 6. Otto Freitag (CDU) Seite 50
- 7. Johannes Dieckmann (LDP) . . . Seite 51
- 8. Wilhelm Koenen (SED) Seite 51

Beschlüsse:

Der Abänderungsantrag Prof. Dr. Kastner und der übrigen Mitglieder der LDP-Fraktion gemäß Drucksache Nr. 39 wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Antrag 17 wird gemäß Drucksache C mit Stimmenmehrheit angenommen.

Das Präsidium erhält die Vollmacht, den Termin der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Ende der Sitzung: 19²⁰ Uhr.

Präsident Buchwitz:

Meine Damen und Herren!

Die Sitzung ist eröffnet. Ich möchte zunächst einige geschäftliche Mitteilungen machen.

Von der Fraktion der LDP wird mitgeteilt: der Herr Abgeordnete Dr. von Stoltzenberg ist krankheitshalber verhindert, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. Der Abgeordnete Liebler und Frau Legler sind entgegen der vom Büro des Landtags gegebenen Zusage von der Verlegung der Landtagssitzung vom Mittwoch auf heute nicht unterrichtet worden und aus diesem Grunde nicht in der Lage, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. Ich werde versuchen, zu prüfen, woran das gelegen hat.

Für die Mitglieder des Gemeindevorstandes ist mir ein Schreiben vom Abgeordneten Weidauer übergeben worden, daß durch die unvorhergesehene Plenartagung die Möglichkeit besteht, den Gemeindevorstand zeitlich früher zusammentreten zu lassen als beabsichtigt war, und da der Herr Stellvertretende Ministerpräsident Dr.-Ing. e. h. Fischer an der Sitzung teilzunehmen wünscht, empfiehlt sich eine Verlegung der Sitzung auf morgen Dienstag, den 17. Dezember, vormittags 9.30 Uhr. Der Ausschuß tagt nicht im Ratssitzungssaal Karl-Marx-Platz, sondern im Gebäude der Landesverwaltung, August-Bebel-Str. 19, im Block B, Zimmer 114. Als vorläufige Tagesordnung wird vorgesehen:

1. Beratung des von der Fraktion der SED vorgelegten Entwurfes einer Kreisordnung,
2. Bekanntgabe und evtl. Beratung einiger vorliegender Eingaben und Anträge.

Wir können nunmehr in die Tagesordnung eintreten. Diese lautet:

Tagesordnung für die vierte Sitzung des Sächsischen Landtages am 16. 12. 1946

1. Aussprache über die Regierungserklärung. Damit in Verbindung die Anträge 9 bis 16.
2. Antrag 17 der Abgeordneten Koenen, Grotewohl und Genossen zur Verstaatlichung aller sächsischen Kohlenbergwerke und Bodenschätze.

Abgeordneter Koenen (SED):

Werte Versammlung, meine Damen und Herren!

Im Auftrage der SED bringe ich unserer neuen demokratischen Regierung die besten Wünsche und heißeste Hoffnung zum Ausdruck.

Die erste Regierungsbildung auf der Grundlage von Landtagswahlen ist ein erster Höhepunkt der demokratischen Erneuerung unseres Landes. Sie ist nach der durch die Alliierten vollzogenen Zertrümmerung der faschistischen Herrschaft in Deutschland das erste weit hin sichtbare Zeichen für die Schaffung eines neuen demokratischen Staatswillens durch die Volkskräfte, die den Fortschritt verkörpern.

Aus der tiefsten Erniedrigung des im katastrophalen Zusammenbruch endenden faschistischen Krieges, den das

deutsche Volk leider bis zum bittersten Ende mitmachte, ist uns durch die Potsdamer Beschlüsse der demokratische Ausweg gegeben und ein neuer Aufstieg ermöglicht worden. Wir sind diesen Weg bewußt gegangen.

Im Laufe des Jahres haben die Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen, der Volksentscheid, die Gemeindevahlen, die Kreis- und Landtagswahlen nacheinander eine so intensive Durcharbeitung der Wählermassen mit sich gebracht, daß sowohl schon von einer gewissen Klärung als auch ersten Konsolidierung der neuen demokratischen Kräfte gesprochen werden darf. Die Regierungsbildung ist der Ausdruck dieser demokratischen Kräftesammlung, die im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien vor sich gegangen ist. Der vom Volke gewählte Landtag ist die Grundlage der Regierungsgewalt. Aber ihre Zusammensetzung, in der sie sich uns vorstellt, verdankt die Regierung ganz eindeutig der Blockpolitik der antifaschistisch-demokratischen Parteien. (Sehr richtig!)

Wir haben nicht eine nur auf der rechnerisch festgelegten Grundlage der parlamentarischen Mehrheit gestützte Regierung. Sie verdankt vielmehr ihre ganze innere Gestaltung ganz und gar dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Jeder Minister ist vom Vertrauen des Parlaments abhängig. Aber die Einsetzung jedes Ministers ist eine Sache der Verständigung im antifaschistisch-demokratischen Block. Daran wollen wir nicht zweifeln und nicht rütteln lassen. Und diese Einheitlichkeit der Volkskraft auch in einem einheitlichen unteilbaren Deutschland sicherzustellen, das erstreben wir mit aller Kraft.

Auch nach der Schaffung einer Verfassung, die wir vorhaben, werden wir immer das Land Sachsen nur als ein Stück der einheitlichen Republik Deutschland betrachten, die für uns und das deutsche Volk eine Lebensnotwendigkeit ist. Die Regierung hat sich unserer Meinung nach mit ihrer Erklärung als ein echter und wahrhafter Arbeitsausschuß der Volksvertretung der Öffentlichkeit gegenüber präsentiert. Indem wir ihr das Vertrauen aussprechen, übernehmen wir für sie und mit ihr die Verantwortung für die Durchführung der Beschlüsse, die wir hier in der neuen Volksvertretung fassen wollen.

Natürlich können wir die Verantwortung nur übernehmen für den positiven Neuaufbau, aber keineswegs und absolut nicht für die Schwierigkeiten beim Anfang und beim Aufbau, denn alle Schwierigkeiten stammen von Hitler und seinem Regime. (Sehr richtig!) Das wollen wir heute nicht unausgesprochen lassen. Für Not und Elend als Folge des Krieges trägt das Hitlerregime mit seinem räuberischen Krieg die Verantwortung.

Alles, die Grenzziehung, die Besatzung mit all ihren Nebenwirkungen, alle Demontagen und Reparationen, sind Hitlerschuld. Ihn haben wir dafür anzuklagen. Sonst niemand!

Klagen wir ihn nicht an, dann setzt man uns auf die Anklagebank. Wir haben nur die Wahl, Kläger oder Angeklagter zu sein. Ich glaube, wir haben das volle Recht, die Schuldigen für schuldig zu sprechen und Ankläger gegen die Angeklagten, gegen das Hitlerregime, zu sein und uns nicht in eine falsche Position drängen zu lassen. Die Hinrichtung einiger Naziführer und Generäle des Hitlerregimes, die in Nürnberg vollzogen wurde, ist nur eine geringe Sühne für das, was diese Verbrecher in den Ländern Europas und auch bei uns angerichtet haben. Gegen diese Nazis und Kriegsverbrecher müssen die Millionen der Kriegskrüppel, der Umsiedler und der ausgebombten Familien ihre begreifliche Entrüstung und Anklage richten. Indem man gegen die Hauptschuldigen unseres Elendes auftritt, denen das deutsche Volk viel zu lange gefolgt ist, indem man sich grundsätzlich gegen sie wendet, findet man den Weg zur Wiedergutmachung und zum beschleunigten Aufbau.